

Halbach, Uwe

Research Report

Die Russisch-Orthodoxe Kirche als Stütze staatlicher (Außen-)Politik und Ideologie

SWP-Aktuell, No. 5/2016

Provided in Cooperation with:

Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), German Institute for International and Security Affairs, Berlin

Suggested Citation: Halbach, Uwe (2016) : Die Russisch-Orthodoxe Kirche als Stütze staatlicher (Außen-)Politik und Ideologie, SWP-Aktuell, No. 5/2016, Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), Berlin

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/255349>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Die Russisch-Orthodoxe Kirche als Stütze staatlicher (Außen-)Politik und Ideologie

Uwe Halbach

Unter Wladimir Putin als Präsident kooperiert der Kreml verstärkt mit dem Moskauer Patriarchat in Fragen der Sozial-, Sicherheits- und Außenpolitik. In der Anlehnung an russische Sonderweg-Ideologien wie »Russkij Mir« (Russische Welt) begegnen sich kirchliche und staatliche Akteure. Da erklingt eine für die orthodoxe Welt charakteristische Symphonie zwischen Staat und Kirche. Beide interpretieren die kulturelle Identität und Souveränität Russlands im Kontrast zu »westlichen Pseudowerten«.

Die außenpolitische Dimension kommt auf kirchlicher Seite bereits in der Person des Patriarchen Kirill zum Ausdruck, der die Abteilung für Außenbeziehungen der Russisch-Orthodoxen Kirche (ROK) geleitet hatte, bevor er 2009 zu ihrem Oberhaupt aufstieg.

Stellung zu russischer Außen- und Sicherheitspolitik bezog die ROK zuletzt in Kommentaren zur militärischen Intervention in Syrien, die auf historische Ansprüche Russlands auf Einfluss im Nahen und Mittleren Osten seit dem 18. Jahrhundert verwiesen. Am 7. Januar 2016, dem russischen Weihnachtstag, bekundete Patriarch Kirill seine Unterstützung für den russischen Einsatz in Syrien. Er charakterisierte ihn als gerechten Krieg zum Schutz von Zivilisten, darunter Christen, in Syrien und als Kampf gegen Terrorismus auch zur Verteidigung des eigenen Vaterlands.

Im Umfeld der Kirche treten Persönlichkeiten hervor, welche die »orthodoxe Mission« nach außen projizieren. Dazu gehören prominente Oligarchen wie Wladimir Jakunin oder Konstantin Malofejew, die Kontakte zu rechten Parteien in Europa pflegen. Auch in den USA, die in außenpolitischen Stellungnahmen Moskaus als ein Hauptgegner figurieren, traten Repräsentanten der ROK in Kontakt zu streng religiös-konservativen Kreisen, in denen der russische Präsident als Verfechter traditioneller Werte gepriesen wird. Ein Führungsmitglied der evangelikalen American Family Association bezeichnete Putin 2013 als »lion of Christianity«. Hilarion Alfejew, derzeit Chef des kirchlichen Außenamtes und Metropolit von Wolokolamsk, traf sich 2011 in Washington mit Evangelikalen und forderte eine Allianz zur »Verteidigung der wahren christlichen Werte«.

Kirche und Staat in nachsowjetischer Zeit

Eine Zusammenarbeit zwischen Kirche und Staat entwickelte sich gleich zu Beginn der nachsowjetischen Periode. Unter Präsident Jelzin führte der Staat wieder orthodoxe Symbole in seine Zeremonien ein. Auf internationaler Bühne stellte sich die ROK als Förderer des Dialogs zwischen unterschiedlichen Glaubensgemeinschaften und Kulturen dar. Zu diesem Zweck wurden ein Interreligiöser Rat Russlands und ein Pendant auf GUS-Ebene ins Leben gerufen.

In Russland selbst setzten nun Kirche und Staat »orthodoxe Tradition« immer häufiger mit »russischer Identität« gleich. Das Bestreben, westlichen Wertvorstellungen wie Liberalismus einen orthodoxen Traditionalismus entgegenzuhalten, stand in der Jelzin-Ära noch nicht im Einklang mit der russischen Außenpolitik, die sich zu der Zeit bevorzugt an Partner im Westen richtete. Erst unter Präsident Putin ging der Kreml auf diese Abgrenzung ein und wusste sich darin mit der Kirche einig. Augenfällig wurde dies in einer Debatte im Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen. Das russische Außenministerium organisierte und finanzierte hier 2010 ein Seminar zum Thema »Menschenrechte und traditionelle Werte« auf der Basis einer 2009 von Russland initiierten Resolution des UN-Menschenrechtsrats. Dem war 2008 eine Erklärung der ROK vorausgegangen, worin ein Gegensatz zwischen universellen Menschenrechten und christlicher Moral behauptet wurde. Toleranz gegenüber »Abtreibung, Unzucht und Zerstörung der Familie« beispielsweise gefährde die »Moral der russischen Gesellschaft«. In den folgenden Jahren wurden Gesetze zum Schutz der Familie und gegen die »Verletzung religiöser Gefühle« verabschiedet, die den Raum für freie Meinungsäußerung und zivilgesellschaftliche Aktivitäten empfindlich einschränkten.

»Spirituelle Sicherheit«, russische »soft power« und orthodoxe Mission

Schon zu Beginn seiner ersten Amtsperiode im Jahr 2000 fügte Präsident Putin ganz im Sinne kirchlicher Kreise das Element der »spirituellen Sicherheit« in ein neues Nationales Sicherheitskonzept ein. Darin war die Rede vom »Schutz kultureller, spiritueller und moralischer Legitimität und historischer Tradition«. In Präsident Putins dritter Amtszeit seit 2012 setzte sich der Kreml mit dem im Westen geläufigen Begriff »soft power« auseinander. Schon zuvor hatte sich in Russland eine Abwehrhaltung gegen den westlichen Gebrauch von »soft power« und »normativer Außenpolitik« herausgebildet, die als reine Machtinstrumente westlicher und vor allem amerikanischer Geopolitik angeprangert wurden. Als Ausgangspunkte für diese Tendenz gelten vor allem die »Farbrevolutionen« im postsowjetischen Raum, spätestens seit der »orangefarbenen Revolution« in der Ukraine 2004. Die Machtwechsel infolge dieser Umwälzungen wurden einseitig auf westliche Einflussnahme zurückgeführt. Präsident Putin wettete, der Westen wende »soft power« an, um sich in die inneren Angelegenheiten souveräner Staaten einzumischen. Im postsowjetischen Raum würden die Opposition gegen amtierende Regierungen und ein gegen Russland gerichteter Nationalismus gefördert, um russischen Einfluss zurückzudrängen. Unter direkter oder indirekter Leitung des Kreml wurden nun Stiftungen und Organisationen ins Leben gerufen, die dem entgegenreten sollten – darunter die Stiftung »Russkij Mir« (gegründet 2007) oder der Fernsehsender »Russia Today«. In ihrem außenpolitischen Konzept von 2013 beschwor die russische Führung »die Gefahr des destruktiven und unrechtmäßigen Gebrauchs von »soft power« und Menschenrechtskonzepten, um Druck auf souveräne Staaten auszuüben«, und forderte die effektivere Anwendung eigener »soft power«-Instrumente. Ein umfassender und raffinierter Propagandaapparat wurde aufgebaut. Vor dem Waldai-Club, einem alljährlich stattfindenden internationalen Treffen von Politikern, Journalisten und

Wissenschaftlern, sprach Putin im Jahr 2013 über die Mission Russlands als orthodoxe Macht im 21. Jahrhundert: Ein Staat wie Russland müsse alles in seiner Macht Stehende tun, die eigene Identität und die eigenen Werte zu wahren, denn »ohne spirituelle, kulturelle und nationale Selbstdefinition [...] kann man auf globaler Ebene keinen Erfolg haben«. In der letzten Revision der Nationalen Sicherheitsstrategie, von Putin am 31. Dezember 2015 genehmigt, wird ebenfalls die Verteidigung der eigenen kulturellen Souveränität gegen destruktive Einflüsse aus dem Ausland hervorgehoben.

»Orthodoxe Souveränität« wurde nun zum Thema gemeinsamer Verlautbarungen von Staat und Kirche. Darin wurde einer moralisch unterfütterten Abkehr von »westlichen Pseudowerten« das Wort geredet. »Der fundamentale Widerspruch unserer Epoche und die Herausforderung an die Menschheit im 21. Jahrhundert«, so Patriarch Kirill, »ist der Gegensatz zwischen liberalen Standards auf der einen und den Werten nationaler, kultureller und religiöser Identität auf der anderen Seite.«

Adressaten »orthodoxer Mission«

Kirchliche »Außenpolitik« richtete sich vor allem an die ostkirchliche Nachbarschaft im postsowjetischen Raum, das heißt in der Ukraine, Belarus, Moldova und im Südkaukasus, und darüber hinaus auch in Südosteuropa (Griechenland, Serbien, Bulgarien). Dabei unterstützte die ROK Präsident Putins außenpolitische Linie, setzte im Falle Georgiens und seiner abtrünnigen Landesteile aber eigene Akzente. Während der Kreml nach dem Fünftagekrieg mit Georgien 2008 Abchasien und Südossetien diplomatisch anerkannte und damit ihre Abspaltung von Georgien bekräftigte, beharrte das Moskauer Patriarchat darauf, dass die beiden Territorien sich der kanonischen Hoheit der georgischen Kirche unterordnen hätten.

Mit der Abgrenzung von westlichem Säkularismus und Liberalismus appellierte

die ROK auch an die Muslime in Russland und an potentielle Partner in der islamischen Welt. Der als orthodoxer Hardliner bekannte Erzpriester Wsewolod Tschaplin etwa, Leiter der Synodalabteilung für die Kooperation zwischen Kirche und Gesellschaft, verteidigte die muslimische Vielehe, wie sie auch in Regionen des russischen Nordkaukasus praktiziert wird, als »Teil traditioneller religiöser Kultur«. Dagegen geißelte er die Sexualmoral im Westen. Nicht nur in Russland, sondern beispielsweise auch im westlich orientierten Georgien deutet die orthodoxe Kirche besonders liberale Einstellungen gegenüber gleichgeschlechtlichen Beziehungen als ein Hauptsymptom »westlicher Dekadenz«. Die militärische Intervention in Syrien wurde anfangs von Bemühungen begleitet, das Verhältnis Russlands und seiner Kirche zu den Muslimen im eigenen Land und in der Nachbarschaft als harmonisch darzustellen. So wurde die größte Moschee in Moskau unter Beteiligung des russischen Präsidenten und seines türkischen Amtskollegen Erdoğan feierlich eingeweiht, kurz bevor die Beziehungen zwischen Moskau und Ankara sich drastisch verschlechterten. Außerdem wurde ein Komitee für ein traditionelles, mit christlichen und islamischen Normen vereinbares Banken- und Finanzwesen gegründet. An der Spitze des Komitees stehen Tschaplin und ein stellvertretender Leiter der Geistlichen Verwaltung der Muslime der Russischen Föderation.

Russkij Mir

Die Öffnung gegenüber Konfessionen, die in Russland als traditionelle Glaubensgemeinschaften gelten (neben der ROK der Islam, der Judentum und der Buddhismus), stimmt mit einem Konzept überein, das im Mittelpunkt russischer Sonderweg-Ideologie steht: Russkij Mir (Russische Welt). Unter Putin hat Russland dieses ideologische Konzept, das aus dem 19. Jahrhundert stammt und bei dessen Entstehung und Propagierung Kirche und Religion eine tragende Rolle spielten, neu belebt.

Diese »russische Welt« hat unterschiedliche Reichweiten. So soll sie das Russentum und die russische Sprache in Russland, im »nahen Ausland« und in der Welt umfassen. Anfang November 2015 etwa fand in Moskau der *Weltkongress der Landsleute* statt, an dem 400 Repräsentanten russischer Diasporagemeinden aus 97 Ländern teilnahmen. Präsident Putin und Außenminister Lawrow riefen dazu auf, weltweit tätige Organisationen des Russentums zu unterstützen. Außerdem unterstrichen sie die wichtige Rolle, welche die ROK beim Zusammenhalt dieser russischen Welt spiele.

Russkij Mir erstreckt sich aber auch auf die Völkervielfalt in der Russischen Föderation und geht über das ethnische Russentum hinaus. Aus kirchenhistorischer Sicht richtet sich das Konzept bevorzugt an Gesellschaften und orthodoxe Kirchen, die aus der im 10. Jahrhundert christianisierten »Heiligen Rus« hervorgegangen sind, also an eine »ostslawische Gemeinschaft«. In der Verfassung der sogenannten Volksrepublik Donezk zum Beispiel wird der Begriff Russkij Mir erwähnt.

Ausblick

Die ROK unterstützt die politische Führung bei ihrem Bemühen, die Gesellschaft durch einen Patriotismus zu festigen, der die kulturelle Souveränität Russlands beschwört. Mit einer ernsthaften religiösen Wiedergeburt in der nachsowjetischen Periode ist dies aber nicht gerade verbunden. In einer Umfrage von 2009 bezeichneten sich zwar 55 Prozent der Bürger Russlands als orthodox, doch kaum vier Prozent bekannten sich zum regelmäßigen Kirchengang. Eine Moskauer Religionssoziologin kommentierte die Umfrage mit der Feststellung, orthodox zu sein bedeute für die meisten Menschen in Russland, ein Kreuz auf der Brust zu tragen, einige Ikonen zu Hause oder im Auto zu haben und zu Ostern Osterbrot zu essen.

Ist die Hinwendung zu einem orthodoxen Traditionalismus unter Abkehr von der westlichen Welt tief verwurzelt oder

fungiert sie eher als politisches Instrument? Auch wenn Putins Großmachtspolitik besonders seit der Annexion der Krim 2014 seine Popularitätswerte in die Höhe schießen ließ, kann von einer einhelligen Abwendung der Bevölkerung vom Westen keine Rede sein. In einer Umfrage des Levada-Instituts vom November 2015 antworteten auf die Frage »Wie möchten Sie das Russland der Zukunft sehen?« 36 Prozent mit »wie die entwickelten westlichen Länder« und 23 Prozent mit »wie es in sowjetischer Zeit war«. Das demoskopische Institut VCIOM präsentierte im Mai 2014 einen Bericht mit dem Titel »Der nebulöse Charakter des russischen Konservatismus«. Gefragt worden war, wie das Adjektiv »konservativ« in der Bevölkerung bewertet wird. 38 Prozent der Befragten konnotierten es positiv, 32 Prozent negativ, der Rest unentschieden. Und der Terminus Russkij Mir ist in der Bevölkerung offenbar auch nicht fest verankert. Bei VCIOM-Umfragen vom November 2014 stellte sich heraus, dass 71 Prozent der Befragten mit ihm nichts verbinden.

Solche Meinungsäußerungen sprechen dafür, dass der antiwestliche Konservatismus, mit dem die ideologische Wende unter Putin umschrieben wird, eher instrumentellen Charakter hat. Das wirft die Frage auf, wie lange er dem Kreml noch nützlich sein wird. Einerseits deutet sich angesichts weltpolitischer Herausforderungen wie in Syrien an, dass die diplomatische Kooperation zwischen Russland und westlichen Akteuren wiederbelebt wird. Dies könnte Russlands Abwendung vom Westen vermindern, wenn auch nicht völlig umkehren. Andererseits könnten sozioökonomische Krisen in Russland einen kompensatorischen Nationalismus und geopolitische Kraftmeierei fördern. Diese Entwicklung würde einen antiwestlichen Patriotismus, zu dem die Kirchenglocken läuten, noch bekräftigen.

© Stiftung Wissenschaft und Politik, 2016
Alle Rechte vorbehalten

Das Aktuell gibt die Auffassung des Autors wieder

SWP
Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3–4
10719 Berlin
Telefon +49 30 880 07-0
Fax +49 30 880 07-100
www.swp-berlin.org
swp@swp-berlin.org

ISSN 1611-6364